

Das Recht.

Conservativ-fortschrittliches Organ für Politik und Volkswirtschaft, für Wissenschaft, Kunst und Literatur

Erscheint wöchentlich 6-mal, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Samstag und Sonntag. — Preis für **Pressburg**: Ganzjährig 8 fl.; halbjährig 4 fl.; vierteljährig 2 fl.; Zustellung in's Haus per Monat 18 kr.; einzelne Nummern 4 kr. — Auswärts mit Post bezogen: Ganzjährig 11 fl.; halbjährig 5 fl. 50 kr.; vierteljährig 2 fl. 75 kr. — In **Pressburg** abonniert man bei der **Administration: Apponyigasse Nr. 10.** — **Auswärtige Abonnenten** abonnieren daselbst oder bei den betreffenden Postämtern. **Inserate** werden bei der Administration des Blattes angenommen und kosten: Die 4-mal gespaltene Zeile bei einmaliger Einschaltung 6 kr., bei mehrmaliger entsprechender Rabatt; jedesmalige Stempelgebühr 30 kr. — Zeitungsbestellungen und Zuschriften erbittet man sich frankirt; unversiegelte Reclamationen wegen nicht erhaltener Nummern sind portofrei. Manuscripte werden nicht zurückgestellt. — **Redaction:** Michaelerthor Nr. 164.

Nr. 112.

Mittwoch 19. Mai 1875.

IV. Jahrgang.

Die preussische Klosteraufhebung

V. Die zur Vertreibung bestimmten preussischen Ordensleute empfangen hierdurch und durch die Gehässigkeit, welche ihrer besüchteten Einwanderung in Oesterreich entgegenkömmt, das schönste Ehrenzeichen, welches eine der Verflachung, Hohlheit und Sinnlichkeit verfallene Welt ihnen verleihen kann. Es wäre beängstigend, wenn es anders wäre; wir müßten fürchten, daß die idealste Auffassung des Lebens auf das Niveau der rohesten und trivialsten herabgesunken sei, wie solches allerdings als Markstein der menschlichen Schwäche nicht selten vorgekommen, und wovon auch heute die Beispiele nicht fehlen. Was für Ordensleute müßten das sein, deren Geist dem Bismarck'schen Kaiserreich gefiele, oder die den Beifall unserer österreichischen Liberalen fänden; welcher der drei evangelischen Räte wäre es wohl, der sich mit deren Prinzipien und Praxis verträge!

Wir finden es auch ganz in der Einheit des Gedankens gehandelt, daß man prinzipiell keine Ausnahmen macht, daß die barmherzige Schwester mit der Nonne von der ewigen Anbetung fort muß, mit der Ursulinerin, mit dem Trappisten; daß sie alle das Schicksal der Jesuiten haben. Sie gehören untrennbar zusammen, sie sind aus Einem Gedanken geboren, und wer da glaubt, Einen schaffen oder erhalten zu können ohne die Anderen, zeigt, daß er Keinen von ihnen begriffen hat. Die barmherzige Schwester, welche in verpesteten Spitälern, unter den Schrecken des Krieges, in den jammervollen Hütten der Armuth und in den verlockenden Palästen der Reichen sich der Pflege des menschlichen Elendes widmet, steht mit ihrem geistigen Leben auf der Grundlage der harten Buße des Trappisten, dem Seeleneifer der Frau vom guten Hirten, des ununterbrochenen Gebetes der Karmeliterinnen, der Wissenschaft der Jesuiten; sie muß von allen diesen Elementen in sich aufgenommen haben, aber jedes dieser Elemente muß zugleich selbstständig und vorzugsweise cultivirt werden, wenn eines von ihnen gedeihen soll. Die göttliche Wahrheit ist der Sonnenstrahl, die Bedürfnisse der Welt und die Verschiedenheit der menschlichen Individualitäten sind das Prisma, welches diesen einheitlichen Strahl in verschiedenen Erscheinungen dem Auge vorführt; alle diese aber sind in dem Sonnenstrahl untrennbar verbunden, und aus dieser Einen Quelle empfangen sie ihr Dasein. Wer daher die Sonne von sich ausschließt, hat auf Keine von ihnen Anspruch.

Der plumpe Versuch des Königs Wilhelm, für seine ferneren Eroberungskriege sich den Dienst der barmherzigen Schwestern zu sichern, muß daher als eine Absurdität bezeichnet werden, und als eine zwar dreiste, aber unmögliche Speculation. Er möge sich begnügen, „Dioconissinnen“ in spärlicher Zahl und in spärlicher Leistung auf dem sterilen Boden des l. preuß. Protestantismus zu ziehen, wie einst Julian Apostata es versuchte, Klöster für Männer und Frauen auf das heidnische Gebiet zu

verpflanzen, um dem Cult der Götter neue Stützen zu verleihen. Jene Religion der Sinnlichkeit hatte keinen Boden für Pflanzen der christlichen Ascese und keine Sonne, um ihre Blüten zu treiben, ihre Früchte zu zeitigen. Noch weniger hat sie der Protestantismus, am wenigsten der preussische Kaiserthum-Protestantismus.

Den preussischen Katholiken können wir aber nur entschieden anrathen, ihre Lebrorden so wenig, wie ihre barmherzigen Schwestern länger, wie es zur schleunigsten Abwicklung ihrer Verhältnisse notwendig ist, den Experimenten der preussischen Staatsaufsicht und Einwirkung preiszugeben, sondern sie, wie sie es in Wahrheit sind, als untrennbar verbunden mit den übrigen Orden für ausgestoßen aus dem Reiche der preussischen „Gottesfurcht und frommen Sitte“ zu erkennen.

Die „Germania“ sagt ganz zutreffend:

„Herr Falk wirft in seinen „Motiven“ zum Klostergesetz allen Orden und Congregationen die Art ihres Gehorsams und ihre Andachtsübungen vor, ohne von diesen Vorwürfen die barmherzigen Schwestern mit einer Silbe auszunehmen, wie sie sich denn auch mit Recht beklagen würden, wenn er sie ausnehmen wollte. Logischer Weise wird also die „Staatsaufsicht“ dahin gehen müssen, den Gehorsam der barmherzigen Schwestern zu „mildern“ und sie wenigstens allmählig in ihren Andachtsübungen, welche von den „Motiven“ als „übermäßig“ und „geisttödtend“ charakterisirt werden, zu „erleichtern“. Was aber ist, und erst recht, was wird eine barmherzige Schwester ohne den von der Kirche gewollten Gehorsam und ohne eifrigste, beharrlichste Uebungen der Andacht?

Und nun denke man sich ferner das stete Eingreifen unfruchtlicher, wo möglich freimaurerischer Commissäre — denn andere kann Herr Falk ja nicht gebrauchen — in das Leben der barmherzigen Schwestern, denke sich allein schon den Einfluß des Verkehrs solcher Elemente in den Häusern der Barmherzigkeit, denke sich ferner die Unsicherheit und die ewigen Feindschaften der Lage einer barmherzigen Schwester, wie sie durch das Gesetz geschaffen werden: werden die Institute der Barmherzigkeit nicht zum Theil dem inneren Verfall anheimgegeben, wenn nicht gar in ihrem Leben vergiftet werden? Und dann, nachdem Solches durch die Natur der Dinge geschaffen, wird die „liberale“ Welt sagen: Seht, so sind die vielgeriefenen barmherzigen Schwestern; früher ohne „Staatsaufsicht“, mußte man es nur nicht! Und man wird dann dieses zum Zerrbild gewordene Institut, stets aber unter dem Namen eines spezifisch katholischen Instituts, mit Grund bei Seite werfen!

„Wir aber wollen den Namen und das Andenken unserer barmherzigen Schwestern uns rein erhalten, sollten sie uns auch auf einige Jahre ganz verlassen oder einzeln in den Häusern katholischer Familien ein Asyl ansuchen müssen, von dem aus sie bloß private Krankenpflege üben!“ —

Und wenn der in der Habsburg'schen Monarchie heute herrschende Liberalismus, vertreten

durch das laute Geschrei seiner Judenpresse, gegen die Einwanderung der Vertriebenen in unsere Grenzen protestirt; wenn wir wirklich des Segens nicht würdig sind, den uns ihre Aufnahme zuwenden würde, so fehlt es bekanntlich nicht an Heiden und Türken, welche sich glücklich schätzen, die „Engel der Barmherzigkeit“ unter sich zu wissen, und welche auch für die Frömmigkeit der contemplativen Orden noch eine Ahnung des Verständnisses besitzen, welche unserem hohlköpfigen und kaltberzigen Liberalismus gänzlich abhanden gekommen ist.

Aus der Verhandlung über die Neuorganisation der Gerichtshöfe

in der Oberhausitzung vom 13. Mai tragen wir Folgendes nach:

Graf Johann Schmidegg hält die Vorlage für unpractisch und schädlich. Redner kennt die im Lande herrschende Verdächtigungssucht und es könnte leicht der Verdacht rege werden, daß die Regierung diese Vorlage nicht so sehr zur Besserung des Justizwesens, als zur Belohnung der Verdienste und Bestrafung der „Veräumnisse“ bei den Wahlen benützen wolle. Redner will diesen Verdacht von der Regierung abwenden. Der Gesetzentwurf sei aber auch ungerecht, denn nachdem im Jahre 1871 das Gesetz über die Unabhängigkeit und Unabsetzbarkeit der Richter geschaffen worden war, haben Viele ihre Stellungen aufgegeben und sich der Richterlaufbahn zugewendet. Und jetzt sollen diese Richter der Willkür des Ministers anheimgestellt werden? Wenn wir so reich Gesetze abändern, könnte das auch unserem Credit schaden: denn wer bürgt dafür, daß wir später nicht auch ein Anlehnungsgesetz abändern? — Können wir überhaupt auf gute Richter rechnen, wenn ihre Stellung so prekär gemacht wird? Redner erklärt, heute vielleicht zum letztenmale im Oberhause zu sprechen, das Haus möge ihm daher erlauben, seine Rede mit der Bitte zu schließen: man möge ein zu schaffendes Gesetz von allen Seiten wohl erwägen; aber wenn es einmal geschaffen ist, möge man es respectiren und nicht ohne wichtige Ursache abändern.

Obergespan Josef Tomcsányi bemerkte, das wichtigste Argument der Justizcommission sei die Unabhängigkeit der Richter, die auch Redner nicht gefährden will. Redner kann auch das vom Grafen Schmidegg angeführte Argument nicht gelten lassen, als ob diese Vorlage den Verdacht erwecken könnte, daß die Regierung sie zu politischen Zwecken benützen würde, denn die Reduction werde die Entlassung von circa 140 Richtern zur Folge haben, und diese Beamten werden der Regierung für diese Maßregel gewiß nicht dankbar sein; im Gegentheil wäre gerade dieser Umstand geeignet, die Stellung der Regierung vor den Wahlen zu erschweren.

Graf Ferdinand Zichy. Durch Auflösung von 20 Gerichtshöfen will man Ersparnisse machen. Dem gegenüber müsse bemerkt werden, daß der

Gesetzentwurf der Rechtscommission die Auflassung dieser 20 Gerichtshöfe ebenfalls bewilligt. Durch was wünscht man denn noch weitere Ersparnisse zu erzielen? Wenn Ersparnisse ermöglicht werden können, so bietet auch der Gesetzentwurf die Mittel hierzu. (Beifall.) Welchen Werth übrigens diese Ersparnisse hat, dies kennzeichnete gestern der Herr Finanzminister, als er sagte, daß jene 94.000 fl., welche in diesem Jahre erspart werden können, im Rahmen des Budgets nicht als ein bedeutender Factor betrachtet werden können. Der Herr Justizminister sagte, daß eine große Unabhängigkeit der Richter, wie sie in unseren Gesetzen festgestellt ist, die Einführung und Erhaltung einer guten Rechtspflege erschwert, ja unmöglich macht. Und aus diesem Prinzipie motivirt er, daß er bevollmächtigt werde, innerhalb dreier Jahre so viele Richter versetzen und pensioniren zu dürfen, als eben nöthig sein würde. Wenn man mit dem Prinzipie, welches im G. N. XXX: 1871 und IX: 1871 enthalten ist, die Aufrechterhaltung eines guten Richterstandes zu ermöglichen nicht vermag, dann müßte man das Gesetz selbst abändern, nicht aber eine Vollmacht verlangen. (Beifall.) Man sagte, daß die Rechtspflege schlecht sei, daß man sie verbessern müsse, und daß es zuweilen auch gut sei, die Richter daran zu erinnern, daß sie verfeßt werden können. In der That ist dies Argument etwas ganz Neues. Redner glaubte nicht, daß Jemand sagen werde, die Basis der Rechtspflege sei nicht die richterliche Unabhängigkeit, sondern der Unabhängigkeit des Richterstandes von den Verwaltungsorganen. Nicht gegen die Verminderung der Zahl der Gerichtshöfe, sondern dagegen kämpfte Redner im Verein mit seinen Prinzipiengegnern, daß der Richter von der Regierung abhängig gemacht werde. (Beifall.)

Baron Victor Mesnil: Niemand wolle die Justizpflege der Finanzfrage unterordnen, und Graf Schmidegg habe mit dieser Behauptung ebenso unrecht, wie mit der Supposition, daß dies ein Kortestruiff der Regierung wäre.

Graf Johann Schmidegg weist in persönlicher Bemerkung den Vorwurf des Vorredners zurück, als hätte er (Redner) Jemanden verdächtigt, denn er habe sogar erklärt, daß er von der Regierung derlei nie voraussetzt (Zustimmung), sondern sie nur vor Verdächtigungen bewahren wolle, was zu thun, ihn Niemand hindern könne.

Graf Georg Apponyi ergreift das Wort zu einer Schlussrede. Redner hat nach dem Abgeordnetenhaus angeklagt, weil es den Gesetzentwurf ohne Motivirung zurückgeandt hat, sondern er habe es im Gegentheil mißbilligt, daß das Oberhaus seinen Beschluß unmotivirt an das Abgeordnetenhaus geleitet habe. Was die vom Redner behauptete „Pression“ betrifft, so sei dies Sache des individuellen Eindrucks, und Redner stehe allerdings unter dem Eindrucke, als ob eine Pression ausgeübt worden wäre. Bezüglich der Frage selbst will er sich in keine kasuistischen Ausführungen und in keine Details einlassen. Auf die Bemerkung Tomcsányi's jedoch, daß die Rechtscommission die Aufhebung von 20 Gerichten beantragt, der Auflassung von 43 Gerichten aber entgegentritt, von einer prinzipiellen Differenz eigentlich gar nicht die Rede sein könne: habe er zu erwidern, daß hier allerdings ein großer prinzipieller Unterschied obwalte, denn bezüglich jener 20 Gerichte hat die Gesetzgebung bereits verfügt und liegen statistische Daten vor, während bezüglich der anderen 23 diese Bedingungen nicht vorhanden sind. Durch das 1871-er Gesetz zieht sich die Tendenz, daß die Unabhängigkeit der Richter durch ihre Unverfeßbarkeit gewährleistet werden müsse, und daß die Verfügung über den Richterstand einzig und allein der Gesetzgebung selbst vorbehalten bleibe. Diese Tendenz sieht Redner durch den vorliegenden Gesetzentwurf gefährdet, er jedoch wünsche sie in allen Fällen aufrecht zu erhalten. (Rufe: „Stimmen wir ab!“)

Es folgte hierauf auf Verlangen der geschäftsordnungsmäßigen Anzahl von Mitgliedern die namentliche Abstimmung und wurde der Gesetzentwurf in der Fassung des Abgeordnetenhauses mit 60 gegen 36 Stimmen angenommen.

Mit Ja haben gestimmt:

Fürsprimas Johann Simon; Ludwig Haynald, Erzbischof von Kalocsa; Johann Bancsa, griech.-kath. Erzbischof von Szamos-Ujvár; Anton Peitler, Bischof von Waigen;

Chryostom Krueß, Erzabt von Martinsberg; Ferdinand Dulánky, Bischof von Vács. Die Bannerherren: Graf Georg Almásy, k. Oberstbühnenrath; Ladislaus Szögyényi-Marich, k. Oberstämmerer; Baron Nicolaus Bay, Kronhüter. Die Obergespanne und Oberkönigsrichter: Abauj: Albert Bárczay, — Arad: Peter Azél, — Arva: Dariusz Szmeccányi, — Bacs-Bodrogh: Karl Mártonffy, — Baranya: Nikolaus Perczel, — Békés: Joseph Tomcsányi, — Eszegrád: Ludwig Könyai, — Horvát: Baron Béla Bay, — Csanád: Thomas Mátyás, — Komor: Gustav Fay, — Komorn: Joseph Zuber, — Krassó: Georg Ivackovic, — Kistó: Martin Szentiványi, — Marmaros: Joseph Mán, — Mieselburg: Graf Batthyányi, — Neutra: Graf Ladislaus Csáky, — Pest: Graf Stefan Szapáry, — Sáros: Felix Szimonyi-Merse, — Szabolcs: Graf Adam Bay, — Szörény: Bogdan Szabó, — Temes: Sigmund Ormos, — Trencsén: Paul Kubicza, — Ung: Gr. Napoleon Török, — Bekyrim: Baron Franz Nách, — Torontal: Joseph Hertelendy, — Zala: Koloman Hertelendy, — Zaránd: Ferdinand Höfler, — Obercapitän der Jazgier und Rumanier Nikolaus Kiss, — Dobola: Baron Daniel Bánffy, — Kolozs: Graf Koloman Esterházy, — Torda: Baron Georg Kemény, — Fogaras: Koloman Boér, — Aranyoser Stuhl: Gregor Vélody, — Eöser Stuhl: Michael Mikó, — Udvarhelyer Stuhl: Gabriel Daniel. Die Grafen: Aladar Andrássy, Béla Batthyányi, Stefan Erdödy, Tiburz Károlyi, Johann Vites, Fürst Julius Descaulchi, Johann Pálffy, Marcus Pejacsevics, Karl Pongrácz, Gedeon Náday jun., Anton Szapáry, Samuel Teleki, Victor Zichy-Ferraris. Die Barone: Franz Bartóczy, Ludwig Döry, Victor Mesnil, Andreas Drzy, Géza Podmaniczky, Levente Podmaniczky, Ladislaus Podmaniczky, Ludwig Bay.

Mit Nein haben gestimmt:

Der Bischof von Raab, Johann Balka. Die Bannerherren: Graf Joh. Cziráky, k. Tavernicus, Graf Georg Károlyi, k. Oberstbühnenrath. Die Grafen: Emanuel Andrássy, Georg Apponyi, Stefan Batthyányi, August Breuner, Géza Brunswick, Aurel Deissewitz, Wilhelm Festetics, Koloman Festetics, Tassilo Festetics, Joseph Forgách, Ladislaus Györy, Emerich Hunyady, Stefan Károlyi jun., Koloman Károlyi, Moriz Pálffy, Markgraf Sigmund Pallavicini, Ludwig Khödey, Anton Szöcsen, Franz Széchenyi, Koloman Széchenyi, Paul Széchenyi, Johann Schmidegg, Johann Waldstein, Felix Zichy-Ferraris, Géza Zichy, Johann Zichy sen., Ludwig Zichy-Ferraris, Ferdinand Zichy, Franz P. Zichy, Alexander Zichy. — Die Barone: Dionys Cótivos, Joseph Cótivos von Sárvár, Isidor Majthényi, Julius Nyáry.

Nach dieser, vom stenographischen Bureau mitgetheilten Liste waren also 65 Stimmen für und 37 Stimmen gegen die Regierungsvorlage abgegeben worden.)

Nach einer Pause wurde die Specialberathung begonnen und das Gesetz in der Fassung des Abgeordnetenhauses angenommen.

Schließlich wurde beschlossen, die nächste meritorische Sitzung (in welcher die Eisenbahnvorlagen zur Verhandlung gelangen) nicht vor Mittwoch abzuhalten.

Politische Uebersicht.

Freßburg, 18. Mai.

Dem von der „liberalen“ Regierungspartei der Opposition der Rechten oder conservativen Partei stets fort gemachten Vorwurf, daß selbe kein Programm habe, stellen wir heute als höchst wichtig folgende Punktationen entgegen, die als ein fertiges Programm, bei einer Conferenz der Conservativen im Zempliner Comitát zusammengefaßt, uns vorliegen. Wir glauben, daß dieses Programm nicht nur alle conservativen Gesinnungsgenossen, sondern auch jene Liberalen, die eines guten Willens sind und das Wohl des Landes wirklich im Auge haben, vollkommen zu befriedigen vermag.*) Selbes lautet:

*) Wir halten diesen Gegenstand, als krennendste

Erklärung: Wir betrachten es als eine erfreuliche Thatsache, daß die Discussion der staatsrechtlichen Frage aufgehört hat, zwischen den beiden angesehensten Parteien unseres Parlaments eine Scheidewand zu bilden. Die unmittelbare heilsame Consequenz dieser Thatsache erblicken wir in der Möglichkeit, daß fortan die Parteien sich in Gemäßheit der Homogenität der politischen Principien werden gruppiren können. Wir verheimlichen es jedoch weder vor uns selbst, noch vor Anderen, daß eine solche Fusion der gewesenen Deák-Partei und des ehemaligen linken Centrums, wie sie im ganzen Lande und auch im Zempliner Comitát durch einige Führer der Parteibewegung beabsichtigt wird, die Verwirklichung des erwarteten heilsamen Resultats nicht bildet.

Es vollzieht sich nämlich diese Fusion, ohne daß bezüglich welcher politischen Frage immer die Richtung der Lösung vorgezeichnet und dadurch die Principieneinheit der in die zu bildende Partei Eintretenden constatirt wurde. Solcherweise betrachten wir die Fusion nicht als eine innere Einigung, welche die Vorbedingung der Kraft und des gemeinsamen Wirkens ist, sondern als eine solche mechanische Vermischung, welche der auf diese sich stützenden Coalitionsregierung keine innere Kraft verleiht, die Gleichberechtigung der innerhalb derselben Cooperirenden, das Gleichgewicht der vereinigten politischen Factoren nicht sicherstellt.

Darum haben wir beschlossen, in die „liberal“ genannte Regierungspartei nicht einzutreten, sondern, indem wir eine unabhängige und geordnete Parteilstellung einnehmen, die Regierung auf dem Felde der Thaten zu erwarten: diese werden wir nach dem Maßstabe des Verdienstes und der Erproblichkeit der Maßnahmen beurtheilen und denjenigen, welche dem öffentlichen Wohle dienen, nicht nur nicht entgegenstehen, sondern sie selbst unterstützen. Uns selbst aber lassen wir durch anticipirte Vertrauensstundgebungen in der Freiheit unserer Entschlüsse nicht hindern.

Da wir jedoch vor Allem wünschen, daß die principiellen Grundlagen unserer gesonderten Parteilstellung von Jedem, der sich uns anschließt, klar erkannt, selbstbewußt und mit allgemeiner Uebereinstimmung angenommen werden, sprechen wir unsere Ueberzeugung in folgendem aus:

1. Wir halten fest an jenem constitutionellen Bunde, welcher in der pragmatischen Sanction vereinbart, auf fester Grundlage durch den G. N. 12. 1867 geregelt worden ist. In diesem verfassungsmäßigen Bunde erblicken wir die Hauptgarantie der constitutionellen Erledigung der zwischen uns und der anderen Hälfte der Monarchie bestehenden gemeinsamen Angelegenheiten und Interessen, und unseres nationalen staatlichen Bestandes, und wir finden denselben nicht nur und nicht hauptsächlich in den durch diese Gesetze festgestellten Modalitäten des Verfahrens, sondern vorzugsweise in jener loyalen und klugen Ausgleichspolitik, welche ein unbestrittenes Verdienst der Deakpartei ist, und welche auch fernerhin die leitende Idee und den Compaß bei der Leitung der Angelegenheiten der Monarchie und der Weltendmachung unseres verfassungsmäßigen Einflusses auf dieselben bilden muß.

2. Wir halten fest an der verantwortlichen parlamentarischen Regierung, als der durch die 1848er Gesetze begründeten fundamentalen Institution unseres Vaterlandes. Aber, da wir den Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit Rechnung tragen, halten wir die Parlamentsreform für nothwendig, damit die Gesetzgebung durch dieselbe fähiger gemacht werde zur Lösung ihrer weittragenden Aufgaben. Unter diesen Reformen haben wir hervor: die verhältnißmäßige Reduktion der Zahl der Abgeordneten, die Regelung des Systems der Diäten, die Ausdehnung des Wahlcyclus auf fünf Jahre, die Verbesserung der Berathungsordnung und die Reorganisation des Oberhauses in der Weise, daß in demselben unter Aufrechterhaltung der auf Basis des Erbrechtes erworbenen historischen Rechte und im Verein mit den Besitzern derselben die hervorragenden Elemente der Gesellschaft, des großen Vermögens, der höheren wissenschaftlichen Bildung und der öffentlichen Verdienste vertreten seien.

3. Das hervorsteckendste Moment der Situation bilden die zerrütteten finanziellen Zustände. Frage, für so wichtig, daß wir denselben trotz des großen Raumverlustes im ganzen Wortlaut bringen. D. H.

Aber dieses auch an sich große Uebel ist nur ein Symptom eines tiefer wurzelnden allgemeinen Uebels, welches in der Mangelhaftigkeit unseres politischen, administrativen und justiciellen Systems gelegen ist. Die Heilung derselben ist daher vorzugsweise durch die radicale Verbesserung unserer staatlichen Organisation zu bewirken.

Bei diesen notwendigen Umgestaltungen müssen die Ursachen der bisherigen Irrthümer vermieden werden, welche sich namentlich in der Ueberschätzung unserer eigenen Kraft, in der Nachahmung fremder Beispiele, in der unbedachten Anwendung der Theorien und der ohne klare Erkennung der Zwecke sich bethätigenden Systemlosigkeit zutage treten. Es ist im Gegentheil notwendig, daß unsere Bestrebungen ein solches System einen bestimmten Charakter ausdrücke, welches in allen seinen Theilen und in deren Zusammenwirkung genau durchdacht sei und dessen Ausgangspunkt die materielle Kraft des Landes und der Bildungsgrad unseres Volkes, dessen leitendes Princip die unbefangene Erkenntniß der Postulate des practischen Lebens, dessen Zweck die Erhaltung des ungarischen Staatsorganismus mit seinem uralten nationalen Charakter bildet.

4. Von diesen Ansichten ausgehend, wünschen wir in erster Reihe die Vereinfachung unseres Verwaltungsorganismus in allen seinen Zweigen und Abstufungen in der Weise, daß durch die richtigere Gruppierung der Agenden der Ministerien und in Verbindung mit denselben die Zahl der Ministerien vermindert werden könne; daß die schwerfällige, kostspielige und bürokratische Geschäftsordnung und die Verfahrensmodalitäten unter consequenter Geltendmachung der Principe der persönlichen Verantwortlichkeit beseitigt, beziehungsweise abgeändert werden; daß durch die Decentralisation der Verwaltung den vollstreckenden Organen ein selbstständiger Wirkungsbereich geboten werde, und daß mit der Beseitigung der schädlichen Mannigfaltigkeit der gegenwärtigen Territorial-Eintheilung, jene Interessen und Erigenzen der Verwaltung, welche auf einem Gebiete in einander fließen, an einem Orte und durch ein Amt, wenn auch nach Bedarf durch verschiedene Nachorgane, veresehen werden.

5. Wir wünschen eine solche Reform der Municipalverwaltung, kraft welcher einerseits die Municipalbeamten mit der Centralverwaltung in engen Zusammenhang gebracht, andererseits aber die Kreise der Selbstverwaltung erweitert werden, damit solcherweise die vollstreckende Gewalt in allen ihren Organen und Abstufungen ein Ausfluß der Hoheit der ungarischen Rechtsgewalt sei, und daß die Erhaltung der Interessen und die pünktliche Vollstreckung der Gesetze des Staates durch das harmonische Zusammenwirken der Organe gewährleistet werde, daß hingegen die Verfügungen der Centralregierung unter der gesetzlichen und eingehenden Controlo der unmittelbar interessirten autonomen Körperschaften, beziehungsweise unter deren Mitwirkung, vollstreckt werden.

6. Wir wünschen eine solche Abänderung des Gemeindegesetzes, durch welche dieses, entsprechend den materiellen Verhältnissen und dem Bildungsgrade der Gemeinde-Bevölkerung, in der Reihe der verfassungsmäßigen Institutionen lebenskräftige Wurzeln schlage, daß es thatsächlich verwirklicht und bei thunlicher Vermeidung der gegenwärtig stark angewachsenen Kosten auch vollstreckbar werde.

7. Auch auf dem Gebiete der Rechtspflege benötigen wir eingehende Reformen. Consequent, jedoch mit der erforderlichen Behutsamkeit, müssen wir die Vereinfachung der Justiz in's Leben treten lassen, müssen wir für die raschere, leichtere und weniger kostspielige Befriedigung der alltäglichen Rechtsbedürfnisse des Volkes Sorge tragen; wir müssen die Waisen-Angelegenheiten regeln; vor Allem aber müssen wir die schreienden Mängel und die Vielseitigkeit der Formalitäten der Prozeßordnung beseitigen; wir müssen die Appellations-Competenz vereinfachen, den Wirkungsbereich der Bezirksgerichte erweitern und unter practischer Inspektion des Instituts der Friedensgerichte die Zahl der Gerichtshöfe vermindern. Nächst diesen dringendsten Agenden sind die Schaffung des bürgerlichen, des Wechsel-, des Concurs- und vor Allem des Strafgesetzes unter die unaufschiebbaren Aufgaben der Zukunft zu reihen.

8. Die Wehrfähigkeit der Monarchie ist un-

umgänglich und unbedingt aufrecht zu erhalten; dies wird von der einheitlichen Erhaltung ebenso gefordert, wie von der Sicherheit unseres Vaterlandes gegen alle von außen kommenden Gefahren. Wir hegen daher Vertrauen und Sympathie zur gemeinsamen Armee, in welcher unsere Söhne ihren geistlich vorgezeichneten Pflichten nachkommen und eventuell ihr Blut für das Vaterland einsetzen; ferner halten wir mit Pietät an jener nationalen Institution fest, welche in der Honvédenschaft zum Ausdruck gelangte. Doch müssen die Ausgaben, die zur Erhaltung und Hebung der Wehrkraft verwendet werden, mit der Steuerefähigkeit des Volkes im Verhältnisse stehen; jedes Zudeutgreifen auf diesem Gebiete würde eben das erhabene Ziel gefährden, für welches wir Opfer bringen, und für welches wir gerne Opfer bringen müssen an Blut und Geld.

Wir erwarten daher von den Räten der Krone, daß sie alle Ersparungen machen sollen, welche ohne Gefährdung der Wehrfähigkeit und der militärischen Organisation möglich sind, und wir hoffen, daß, wenn die Wehrgesetze zur Revision gelangen und ohne Gefährdung unserer nationalen Interessen die Honvédinstitution mit der Armee in organische Verbindung gebracht wird, — wozu die Errichtung der Territorial-Divisionen von selbst anweist, — diese Ausgaben noch bedeutender ermäßigt werden können.

9. Drückend und bei den jetzigen ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen beinahe unerträglich sind die öffentlichen Lasten des Landes, und um so drückender, als sie in ihrem Weisen und zwar in einzelnen Theilen in erhöhtem und potentem Maße die Ueberreste eines fremdartigen Regierungssystems sind und den heutigen administrativen und volkswirtschaftlichen Verhältnissen nicht entsprechen. Sollten aber die vitalen Interessen des Vaterlandes eine größere Belastung erheischen, so würden wir uns auch dieser nicht entziehen.

Wir erklären jedoch, daß zur weiteren Erhaltung eines unhaltbaren Regierungssystems und seiner übermäßig ausgedehnten Maschinerie von der Nation neue Opfer nicht gefordert werden können, und zwar so lange nicht, bis die Regierung thatsächlich ihre feste und unerschütterliche Absicht bewiesen haben wird, die Staatsausgaben so weit herabzusetzen, bis ihr das Fortbestehen des Landes, die wirklichen und nicht eingebildeten Interessen des geistigen und materiellen Aufschwunges Grenzen setzen; ferner so lange nicht parallel hienit solche legislative Verfügungen getroffen werden, welche dahin führen, daß der Ertrag des Staatsvermögens durch eine gewissenhafte Manipulation und zweckmäßige Staatswirtschaft nutzbar gemacht werde, daß durch die Hebung unserer landwirtschaftlichen Production, durch die Wiederbelebung des sinkenden Gewerbe- und Handelsverkehrs die Steuerefähigkeit gesteigert werde und dadurch die Lasten erträglicher gemacht werden.

10. Die Wiederherstellung der allgemein erschütterten Creditverhältnisse mit Rücksicht auf die auch in unserer Gegend verbreiteten Wucherzustände, deren Einfluß gleichbedeutend ist mit der Confiscation des Vermögens, die Lösung der Bankfrage und die Regelung der Valuta; eine unserer nationalen ökonomischen Verhältnissen und Interessen entsprechende Zoll- und Verkehrs-politik; Gruppierung der Eisenbahnen und Regulierung der Tarife; eine auf der Kenntniß unserer Landesvolkswirtschaft beruhende planmäßige Reform unseres Steuersystems sind solche Veranstaltungen, welche im Verein mit geordneten administrativen und judiciellen Zuständen, ferner unter eifriger Pflege und zweckmäßiger Verbreitung der Volksbildung und des öffentlichen Unterrichtes, sowie endlich in Verbindung mit den moralischen Factoren der Ordnung, Sacht, Arbeitsamkeit und Sparamkeit auf die Verbesserung unserer materiellen Zustände einen bedeutenden Einfluß üben und darum vom Standpunkte der Heilung unserer zerfahrenen volkswirtschaftlichen Verhältnisse dringlich sind und eine besondere Aufmerksamkeit beanspruchen.

11. Einen Cardinalpunkt unseres Vorgehens und unserer Bestrebungen bildet die Absicht, alle ständischen, confessionellen und nationalen Reibungen zu beseitigen, damit unter den Bürgern des Vaterlandes die Gleichberechtigung vor dem Gesetze, die Gewissensfreiheit, die gegenseitige Achtung und Duldung und sowohl im socialen wie im öffent-

lichen Leben die brüderliche Liebe, der innere Friede und die Ruhe aufrecht erhalten werde. Bei unseren zerfahrenen Zuständen sind alle unfruchtbar theoretischen Discussionen über Nationalitäts- und Religionsfragen zu vermeiden. Am zweckmäßigsten ist jene Politik, welche die geistlich festgestellten Rechte gewissenhaft respectirt, den Frieden zwischen den einzelnen Nationalitäten und Confessionen, sowie zwischen diesen und dem Staate eifrig überwacht; aber zugleich keinerlei Schmälerung der Einheit, der Gesetze und Rechte des ungarischen Staates gestattet.

12. Die in obenstehenden Punkten enthaltenen Prinzipien werden uns auch bei unserer eifrigen Thätigkeit auf dem Gebiete des Comitatslebens leiten. Von den Beamten verlangen wir patriotische Gesinnung, Charaktereinhalt, Fleiß und Sachkenntniß, und werden wir unser constitutionelles Controlrecht über die pünktliche Durchführung der Comitatsverwaltung pflichtgemäß ausüben. Indem wir die höheren geistigen und sittlichen, sowie die culturellen Bestrebungen pflegen, werden wir auch die von einander unzertrennlichen Interessen der gesetzlichen Ordnung und Freiheit, der gesellschaftlichen Disciplin und des Fortschrittes unterstützen.

Wir haben unsere Ziele aufrichtig gekennzeichnet, und auch die Mittel und Wege angedeutet, welche wir in Bezug auf die gute Verwaltung und Regelung der öffentlichen Landesangelegenheiten in Anwendung zu nehmen wünschen. Der Erfolg unserer Bestrebungen hängt von der Unterstützung aller Derjenigen ab, welche unsere Reformbestrebungen billigen, und als Freunde eines planmäßigen Vorgehens, der Reform und des Fortschrittes dieselben zu den ihrigen machen.

Diese Unterstützung und Mitwirkung erbitten wir von unseren Parteigenossen in unserem eigenen Kreise und empfehlen sie allen Jenen, welche die Verwirklichung unserer Principien in weiteren Kreisen des Vaterlandes als ihre patriotische Pflicht betrachten.

Satoralja-Ujhely, am 5. Mai 1875. — Das Comité.

Original-Correspondenzen des „Recht.“

Tirnau, 14. Mai. (Maiandachten. — Wallfahrt nach Maria-Zell. — Jubeläum.) Die Maiandachten werden in der Kirche der Ehrw. P. P. Jesuiten abgehalten, und haben am 30. April begonnen; diese Herz und Seele erfreuende Andacht wird durch den ganzen Mai abgehalten werden; die Prediger wechseln ab. Die Kirche ist wunderbar schön geschmückt und immer von Andächtigen überfüllt; der hochw. Herr Propst und Stadtpfarrer wohnt fast täglich diesem schönen Gottesdienste bei, wenn er nicht durch wichtige Amtsgeschäfte verhindert wird.

Den 3. Mai begab sich die Wallfahrts-Prozession nach Maria-Zell, unter der Anführung des hier allgemein hochgeachteten hochw. Herrn Georg Stotta. Dieser eifrige Priester und Kanzelredner, der seiner einst in Neuwohl und Kremnitz gehaltenen, ausgezeichneten Predigten wegen in jenen Städten noch immer in einem sehr hohen Andenken steht, hat, bevor die Wallfahrtsprozession die Eisenbahn betrat, hier bei der sogenannten St. Gabriel- oder Jesus am Delberg-Statue eine die Herzen durchdringende Rede gehalten, daß man nur reichliche Thränen fließen sah und weinen hörte. Gott segne alle seine Mühen auf diesem weiten Wege und alle seine Aufopferungen zum Heile der Seelen, und gebe ihm die Gnade, durch seine Predigt in Maria-Zell alle Herzen seiner großen Wallfahrtschar für das Reich Jesu Christi auf Erden und für den Himmel zu gewinnen.

Der vortreffliche, muthige und unerschrockene Kanzelredner hat hier am Schlusse des Vorjahres in der großen, von Andächtigen aller Stände überfüllten k. k. Invaliden- (nicht Jesuiten-) Kirche eine Predigt gehalten, die für eine echt christliche Musterpredigt gehalten wird, und zu unserer Freude unter dem Titel: „Das Vermächtniß des alten Jahres“, gedruckt erschienen ist. Den Text zu dieser Predigt hat er aus Isaias, 21. Cap., 11. Vers: „Wächter! Wie steht es mit der Nacht?“ gewählt. Diese Predigt ist vom kathol. literarischen St. Adalbertvereine in Tirnau zu beziehen, und das Kleinvertragniß vom edelmüthigen Verfasser der Tirnauer Kleinfinder-Bewahranstalt gewidmet.

Das Jubiläum wurde den 5. Mai Abends durch feierliches Geläute aller Glocken in allen Kirchen, und gestern durch ein solennes Hochamt mit „Veni Sancte“ unter Auslegung des allerheiligsten Altarsacramentes in jeder Kirche eröffnet, worauf die Jubiläumspredigten folgten. In der Domkirche celebrirte das Pontificalamt der hochw. Herr Bischof und Generalvicar, die deutsche Predigt aber hielt der hochw. Herr Pfarr-Cooperator Oliver Ribany. — Die vier großen Professionen werden an den vier Sonntagen des Monats Juni stattfinden. Zum großen Aerger der „Lichtfreunde“ sind die Beichtstühle jetzt hier täglich bedeutend in Anspruch genommen. Gott erhalte und beschütze unsern erhabenen hl. Vater Papst Pius den IX.!

J. H.

Tagesneuigkeiten.

* Warnung vor einem Schwindler in geistlicher Umhüllung. Aus guter Quelle erfährt das „Salzb. Kirchenblatt“ in directer Zuschrift aus Heidelberg, daß sich ein angeblicher Professor und Priester aus Trier in Rheinpreußen unter dem betrügerisch angeeigneten Namen Schrod in Oesterreich herumtreibt und es auf den Clerus und entschiedene Katholiken abgesehen hat. Wir warnen hiemit Jedermann: Entweder hat er es mit einem Schwindler oder mit einem preussischen Agenten zu thun. Der „Germania“ wird bezüglich dieses Schwindlers aus Trier, 8. Mai, Folgendes mitgetheilt: „Mit Erstaunen vernehmen wir, daß an verschiedenen Orten in Süddeutschland und Oesterreich, angeblich um eine Hauslehrerstelle zu suchen, ein großer, kräftig gebauter, dunkelblonder junger Mann, der eine Tonjur trägt, sich als den früheren hiesigen Professor der Pastoral am Seminar, Karl E. Schrod, ausgab, Unterstützung nachsuchte und vielfach auch erhielt. Der wirkliche Professor Schrod von hier war, bevor er Professor wurde, Pfarrer in der Gegend von Saarbrücken (Ennsdorf) und erhielt nicht erst nach Schließung des Seminars die Pfarrstelle, auf welcher er angeblich gepeert worden, sondern ging von Trier direct nach Antwerpen, um dort als Rector der deutschen Mission zu fungiren, in welcher Eigenschaft er noch jetzt dort wirkt. Vermuthlich dürfte der Pseudo-Schrod, nachdem in Wien sein Schwindel bekannt wurde, nunmehr Ungarn heimzuchen. Wir warnen vor dem Schwindler.“

Localnachrichten.

** Die Lehrer-Corporation des Preßburger Comitates hält ihre 1875er (IV.) Generalversammlung in Schütt-Somerrein am 23. und 24. Mai l. J. ab, deren Programm folgendes sein wird: 1. Vorträge: „Ueber das Elementarichul-Zeichnen“ von Schulinspector Josef v. Nöth; „über Relief-Karten“ von Prof. Sztankovich; „über Schulgärten“ von Prof. A. Arányi; „über das Institut der Feuerwehr“ von J. Wolfshörndl; „über das Turnen“ von A. Kacsúr; „über die große Ferienzeit“ von J. Gápel; „über die Theorie des Lehrplanes“ von Seminar-director Dr. C. Verédy; „über die 1876er ung. archäologische Ausstellung“ von Prof. J. Könyösi. 2. Relationen: der Corporations-Bezirksvorstände, der Lehrbücherprüfungs-Abtheilung, der Preisfragenprüfungs-Abtheilung; des Schul-lehrer-Hilfscomité's. 3. Anträge und laufende Angelegenheiten; außerdem Schulbesuch, Feuerwehrrübungen, zuletzt Concert mit geistlicher Unterhaltung. Abfahrt von Preßburg aus am 23. Mai früh 9 Uhr mittelst Dampfschiff; Rückfahrt am 25., eventuell am 26. Mai früh 7 Uhr. Den Lehrercorporationsmitgliedern werden behufs Preisermäßigung auf der Eisenbahn und dem Dampfschiffe, sowie Theilnahme an der Versammlung und deren Festlichkeiten Legitimationskarten vom Comitatschulens-Inpectorate verabfolgt.

** Außerordentliche Generalversammlung der Stadtrepräsentanz. Am 20. Mai l. J., Nachmittags 3 Uhr, wird eine außerordentliche General-Versammlung der Stadtrepräsentanz abgehalten werden. Gegenstand: Die Wahl eines Mitgliedes in den Bezirksauschuß für die Grundsteuer-Regelung, sowie die Wahl des Grundsteuerauschusses der Gemeinde.

** Brand.) In der Nacht vom Samstag auf Sonntag ist ein Theil der hiesigen Spodium-Fabrik abgebrannt. Der Schaden beträgt ca. 4000 fl.

Telegramme des „Nacht.“

Paris, 18. Mai. Ein Manifest des Prinzen Napoleon im republikanischen und antibonapartistischen Sinne ist bevorstehend.

Bukarest, 18. Mai. Der Senatspräsident, Metropolit und Primas Nippon ist gestorben.

Konstantinopel, 17. Mai. Zwei in der Podgarizza-Affaire gefällte Todesurtheile wurden vollzogen, sechs andere zur Zwangsarbeit Verurtheilte dahin gebracht.

Fenilleton.

Meister Spizling.

Ein modernes Feenmärchen von Karl Milliger.

(Fortsetzung)

Spizling stand da, wie Lot's Weib nach der Befriedigung ihrer Neugierde. Aber nicht bloß die Rede seiner Angebeteten machte ihn stutzig, sondern auch ihre äußere Erscheinung, die nichts weniger als hold zu nennen war. Um fünfzehn Jahre sah sie älter aus, als sonst. Ihre früher von verführerischem Lächeln durchzauberten Züge hatten etwas Furienmäßiges. Und die fable Gesichtsfarbe, die vom Zahne der Zeit gezogenen Furchen, der zahnlöcher Mund, das schwachbehaarte Haupt — überhaupt die ganze unanheimliche Gestalt des abgetragenen Dämchens, das diesmal in ihrer ungekünstelten, natürlichen Wahrheit vor ihm stand, machte auf den Schneider einen höchst ungünstigen Eindruck. „Was starrst denn mich der Klotz so an? Fällt ihm etwa sein Neujahrswunsch nicht ein? Haha! tröste Dich, Kasimir; ich schenke Dir Deinen dummen Wunsch und verlange nur, daß Du mir Deinen guten Willen sofort durch die That kundgebst.“

Kasimir hatte ungefähr dasselbe Gefühl, das man zu empfinden pfllegt, wenn man aus einem sehr lieblichen Traume zum nüchternen Alltagsleben erwacht. Er sah jetzt mit offenen Augen, woran er war; er erkannte den Werth jenes Gegenstandes, dem zu Gefallen er seine Mannestreu brach und seiner Ehestandspflicht vermaß.

Als er endlich seiner Sprache wieder mächtig war, ließ er sich also vernehmen: „Für eine solche Nachteule habe ich kein Seidentleid!“ Sprach's und iputete sich vom Schauplatz seiner höchst unlieblichen Enttäuschung. Einige Duzend gewaltiger Klüche sausten ihm nach; doch waren dieselben glücklicher Weise nicht von Blei oder Kupfer, weshalb er im Uebrigen mit heiler Haut davontam. Zwar konnte er sich, als er wieder auf der Straße war, gleichfalls nicht enthalten, einige Male des Teufels zu erwähnen und noch einige Krastausdrücke von sich zu schleudern; als er jedoch ober einem Thore einen Weinzeiger erblickte, der ihm gaisfreundlichsch, wie ein alter Bekannter, zuwinkte: da dachte er daran, seinem Mißmuthe Etwas anzuthun und ihn im Weine zu ersäufen. Eben will er ins Weinlokal eintreten, als ihn Jemand an den Rockschößen ergreift und zurückhält.

„He, Spizling, heute haben wir ja Generalversammlung; willst Du denn nicht dabei sein?“

„Ei, warum nicht gar! Hätte aber bald rein darauf vergessen!“

„Wo dann spare Deinen Durst und komme sogleich mit, es ist die höchste Zeit.“

Der Mann, welcher sich eben unseres Feldens von der Nadel versichert hat, ist eine höchst polizeiwidrige Physiognomie. Selbst alle Hunde bellen, wenn sie seiner ansichtig werden, und weichen schein aus, denn sie scheinen der Meinung zu sein, daß er unter seinem weiten, ziemlich abgestandenen, mantelartigen Ueberrode etwas Niederschlagendes berge. (Fortsetzung folgt.)

Meteorologische Beobachtungen vom 17. Mai.

Zeit	Barometerstand bei 0 Grad in Millimeter	Temperatur nach Celsius	Lufttemperatur in Millimetern	Feuchtigkeit in Prozenten	Windrichtung und Stärke	Wetter
7 1/2 U.	748.84	+14.6	8.9	72	WSWS	2
2 „ Ab.	747.96	+22.3	7.4	37	WSWS	1
9 „ Ab.	747.59	+16.8	8.1	57	WSWS	1

Temperatur Extreme: +23°86, +12°81 Cels. —
Sonnengehalt: während der Nacht 8, während des Tages 3.

Wiener Börse vom 15. Mai

	Geld	Ware
5proc. Papier-Rente	70.05	70.15
detto in Silber	74.40	74.50
ungarische Grundentl.-Oblig.	81.50	82. —
Stehenbürgische	78. —	78.50
Weingebent-Ablösung-Oblig. 100 fl.	74.50	75. —
1864er Staatsloose 100 fl.	137. —	137.50
1860er ganze	111.60	111.80
1860er Künftel	116.25	116.75
Credit 100 fl.	165.75	166.25
4pct. Dampfschiff 100 „	95.25	95.75
Öfner 40 „	27.75	28.25
Graf Salm 40 „	36.75	37.25
„ Báffy 40 „	27.75	28.25
„ Starb 40 „	27.50	28. —
„ St. Genois 40 „	27.75	28. —
„ Waldstein 20 „	22.75	23.25
„ Reglewick 10 „	12. —	13. —
Rudolfsloose 10 „	13.50	14. —
Ungar. Prämien-Anlehen	—	—
Türkentloose voll eingezahlt	55.60	55.90
Nationalbank	964	965
Creditanstalt öst. zu 160 fl.	235.25	235.50
Credit. a. u. z. 200 fl. 50pct.	221.25	221.50
Anglo-Austrian 500 fl. Silber	132.25	132.50
Anglo-Hungarian 200 fl. Silb. 40pct.	10.50	11. —
„ Franco-Austrian	43.75	44.25
„ „ Hungarian	60. —	61. —
Nordbahn 1000 fl.	958	1963
Staatsbahn	294.50	294. —
Lemberg-Czernowitz-Jassy	139. —	139.50
Ung. Nordbahn	121.50	122. —
Ung. Ostbahn	49.50	50. —
Siebenbürger Bahn	127.50	128.50
Ungar. Eisenbahnanlehen	99.80	100.40
Rand-Ducaten	29	5.90
Def.-ung. 8 fl.-Goldst.	8.95	8.91
Preuß. Thalerscheine	1.63	1.64
20-Francsstück	8.90	8.91
Silber	102.80	102.90

193101.

Kundmachung.

Am 1. Juni l. J. Vormittags 9 Uhr werden bei der Preßburger k. ung. Finanz-Direction feartirte Papiere licitando verkauft.

Preßburg, am 11. Mai 1875.

Von der k. ung. Finanz-Direction.

Aufgenommen

werden 2 Practikanten mit guten Neverenzen; dieselben müssen der deutschen, ungarischen und wo möglich der slavischen Sprache in Wort und Schrift vollkommen mächtig sein. Reflectanten haben ihre Gesuche im Bureau der „Mercantile“ und „Europa“, Langgasse Nr. 77, 1. Stock, einzureichen.

Ludwig Nirnsee,

Michaelerthor Nr. 164 in Pressburg.

Ich erlaube mir hiemit, das v. t. Publikum in Kenntniß zu setzen, daß ich nachstehende Mineralwässer, sämmtlich diesjähriger, also frischer Füllung, am Lager habe:

Adelheidsquelle	Friedrichshaller Bitterwass.	Marlenbader Forinandsbrunn
Eillner Sauerbrunn	Gießhübler Sauerbrunn	Ofner Elisabeth
Carlsbader Mühlbrunn	Gleichenberger Constantin-Quelle	„ Hunyady St.-István
„ Schlossbrunn	Kaller Jodquelle	Preblauer
„ Sprudel	Johannisbrunn	Püllnaer
Eger Salzquelle	Klausner Stahlquell	Roh'tscher
„ Franzensbrunn	Marlenbader Krenzbrunn	Saldschltzer Bitterwasser
Emserkräuchen		Selterser